

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlangungen nehmen die Anzeigen  
an die Nummer der Postämter  
gegen. — Erscheint wöchentlich.  
Anspruch - Anschlag Nr. 53.

Angewandte: Die Anzeigenpreise  
betreffen die Anzeigen aus dem  
Gebiet der Goldgrube, aus-  
wärtige Anzeigen der Goldgrube,  
Kleinanzeigen der Goldgrube,  
amtliche Zelle der Goldgrube.

Programme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 92

Mittwoch, den 21. April 1926

21. Jahrgang

### Dr. Külz über wichtige Punkte deutscher Innenpolitik. Fürstenabfindung, Wahlreform und Reichsschulgesetz.

Zittau, 19. April. Reichsminister des Innern Dr. Külz hielt heute in einer Versammlung in Zittau eine Rede, in der er zunächst außenpolitische und wirtschaftliche Fragen streifte.

#### In der Innenpolitik,

so führte der Minister dann weiter aus, spiele gegenwärtig eine bedeutende Rolle die Frage der Fürstenabfindung. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volksempfinden und den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechendes Gesetz im Reichstag zu verabschieden, denn die parlamentarische Gesetzgebung sei immer die primäre. Die plebiszitäre Gesetzgebung durch Volksentscheid müsse immer die sekundäre bleiben. Die Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Notwendigkeit empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems seien klar zu Tage. Sie beständen in der Entfremdung des Verhältnisses zwischen Wählern und Abge-

ordneten und in der zum Teil ganz undemokratischen Form der Wahl, wie sie vor allem in den sog. Reichslisten verkörpert sei. Das Reichsschulgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen der Bevölkerung dringend gefordert, um die Unruhe zu bannen, die in der Entwicklung des Volksschulwesens eingetreten sei. Beide Gesetze müßten mit besonderer Vorsicht und unter Ausnutzung der Lehren der Vergangenheit, aber auch mit dem Nachdruck betrieben werden, der ihrer Bedeutung zukomme. Die gegenwärtige Regierung habe eine geschlossene Mehrheit des Reichstages nicht hinter sich. Sie gehe ihren Weg geradeaus in der Richtung, die sie durch das Wohl des Vaterlandes für geboten halte, und die Unterstützung bei ihrer praktischen Arbeit sei ihr von gleichem Werte, ob sie von rechts oder ob sie von links komme und von diesem Standpunkt aus fühle er sich durchaus nicht als Minister einer schwachen, sondern einer starken Regierung.

### Abd el Krim soll verbannt werden.

#### Die Forderung Spaniens.

Paris, 19. April. Die Friedensverhandlungen von Udva, die am Sonntag programmäßig begannen, sollen am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Wie verlautet, ist die Unterbrechung in den Verhandlungen darauf zurückzuführen, daß Spanien — im Gegensatz zu Frankreich — auf einer endgültigen Verbannung Abd el Krim nicht nur aus Marokko, sondern aus jedem mohammedanischen Land besteht.

Die drei Rik-Delegierten trafen im Auto gegen 11 Uhr in Begleitung eines französischen Parlamentärs ein. Die spanischen Delegierten kamen mit einiger Verspätung an, da sie mehrfach Automobilpannen gehabt hatten. Die Rik-Delegierten wurden sofort in das Hotel des Generals Simon geführt, wo alsbald die Besprechung begann. Um 12 Uhr fand ein Frühstück statt, das in getrennten Zellen für die Rik-Delegierten und die

Franzosen und Spanier bereitet worden war. Im Anschluß daran gab der französische General Simon den Delegierten Abd el Krim die französisch-spanischen Vorbedingungen bekannt, von deren Annahme durch die Rikleute die offizielle Eröffnung der Friedensverhandlungen abhängig gemacht wird.

Am Quai d'Orsay fand heute eine Konferenz zwischen Briand, Painlevé, Steeg und Marshall Petain über Marokko statt, nach deren Schluß Painlevé folgende Erklärung abgab:

„Die Friedensverhandlungen werden mit dem beiderseitigen Willen zum Abschluß fortgesetzt. Sie stoßen auf einige Schwierigkeiten, aber die Unterhändler hoffen doch, zum Ziel zu kommen.“

Briand empfing heute den spanischen Vorkämpfer Lunones de Leon, mit dem er eine lange Besprechung hatte.

#### Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin, 20. April. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Herrgott die Einberufung des Ausschusses zwecks Erörterung des deutsch-russischen Vertrages beantragt. Der Abschluß der Verhandlungen über den Vertrag wird, dem „Volkswacht“ zufolge, noch für diese Woche erwartet.

#### Angriffe auf Mussolini im amerikanischen Senat.

Washington, 20. April. (Reuter.) Im amerikanischen Senat erklärte gestern der demokratische Senator Walsh, die letzte Rede des italienischen Premiers strotze von kriegerischer Prahlerei. Die Annahme der italienischen Schuldenerregelung würde lediglich Mussolini, dem obersten Diktator, helfen, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, so daß er einen neuen Krieg vom Zaun brechen oder solange zahlen könne, bis die Angst vor einem solchen Plane zunichte ist.

#### Die englisch-italienischen Verhandlungen wegen Abessinien.

Rom, 19. April. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani verfolgen die englisch-italienischen Verhandlungen betreffend Abessinien keinen anderen Zweck als eine freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder bei der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Äthiopien und die Beseitigung einiger Meinungsverschiedenheiten. Die in dieser Richtung getroffenen Vereinbarungen beziehen sich lediglich auf wirtschaftliche Konzessionen, um die die beiden Länder seit langem bei der abessinischen Regierung nachgesucht hatten und die bereits in dem Dreimächteabkommen von 1906 vorgezeichnet waren. Die italienische und die englische Regierung hatten und haben nicht die Absicht, über die Grenzen eines solchen Abkommens hinauszugehen. Sie setzen sich deshalb mit der französischen Regierung als Mitunterzeichnerin des Abkommens von 1906 in Verbindung, indem sie ihr von ihrer Vereinbarung mit der abessinischen Regierung Kenntnis gaben. Bei den Verhandlungen zwischen Rom und London wurden jederzeit die Souveränität und die Unverletzlichkeit des äthiopischen Reiches vollkommen gewahrt.

#### Vortrag eines Deutschen im englischen Parlamentsgebäude.

London, 20. April. „Daily News“ zufolge wird heute zum ersten Mal seit Ausbruch des Krieges ein Deutscher in einer Versammlung im Parlamentsgebäude sprechen und zwar der Schriftsteller und Journalist Alfons Paquet aus Frankfurt vor einer privaten Gesellschaft über das Thema „Deutschland und der Völkerverbund“.

#### Von der englischen Kohlenkrise.

London, 20. April. Blättermeldungen zufolge sind die Kohlenbesitzer bereit, dem Grundgesetz eines nationalen Mindestlohnes zuzustimmen, der einen der Hauptstreitpunkte mit den Arbeitnehmern bildet. Die Aussichten einer Beseitigung der Kohlenkrise haben sich dadurch gebessert.

#### Die Vereinigten Staaten wollen keine Aussprache über den Internationalen Gerichtshof im Haag.

Washington, 19. April. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Bern Gibson hat den offiziellen Auftrag erhalten, dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten an der auf den 1. September in Genf angesetzten internationalen Aussprache über die Vorbehalte des amerikanischen Senats betreffend den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof im Haag sich nicht beteiligen werden.

#### Unbegründete Putschgerüchte.

München, 19. April. Die „Münchener Post“ meldet heute an leitender Stelle, daß von Anhängern der baltischen Diktatur und von überhöhten Monarchisten für Mai ein Putsch geplant sei. Es handele sich nicht nur um die Hitlerleute, sondern auch um andere Gruppen der äußersten Rechten. Man wolle die Tatkräftigkeit vom 1. Mai 1923 mit besserem Erfolg wieder anwenden.

Wie dem Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros hierzu mitgeteilt wird, liegen der Regierung keinerlei Anhaltspunkte für Putschabsichten vor. Es sei daher kein Anlaß zu Besorgungen gegeben.

### Der Franken wankt, der Zloty stürzt.

Paris, 19. April. Der Pariser Devisenmarkt hatte heute einen stürmischen Tag. Die Frankendevise setzte sich anfangs fort. Der Dollar erreichte einen Rekordkurs von 80. Für das Pfund wird bis zu 146 Fr. bezahlt. Daraufhin griff die Bank von Frankreich ein und drückte unter Einsetzung starker Mittel den Pfundkurs bis auf 143,45. Nachherlich schnellte der Kurs allerdings wieder auf 144,8 in die Höhe. Für die Mark wurden im Freibrief 7,10 Fr. bezahlt.

Der Finanzminister Raoul Peret will sich neue Vollmacht zum Vorgehen gegen die Spekulation geben lassen. Die Börsenmakler sollen angehalten werden, ein Journal über ihre täglichen Börsenoperationen anzulegen und den Behörden zur Kontrolle zu übergeben. Das Ergebnis des Tages war aber der immense Zloty-Sturz. Die polnische Devise ging in Paris im Verlauf weniger Stunden von 328,50 auf 240 zurück.

#### Neue Maßnahmen gegen die französische Devisenspekulation.

Paris, 19. April. Die französische Regierung hat beschlossen, neue Maßnahmen gegen die Devisenspekulation zu ergreifen. Nach einigen Abendblättern soll es sich um ein Gesetz handeln, das demnächst dem Parlament zugehen wird. Die Börsenmakler sollen in Zukunft verpflichtet sein, über ihre Börsenoperationen Auskunft zu geben und ein Register zu führen. Die Kaufleute sollen dadurch nicht in den ihnen zugestandenen Freiheiten beschränkt werden.

#### Maßnahmen gegen die deutschen Hochschulen in der Tschechoslowakei.

Prag, 19. April. Laut einem Erlass der Prager Polizeidirektion wird Angehörigen der Staaten Rußland, Polen, Rumänien und Ungarn der Studienbeginn an den deutschen Hochschulen in Prag und Brünn, an der deutschen Universität in Prag, sowie an der tschechischen technischen Hochschule untersagt. Die Wirkungen dieses Verbotes machen sich insbesondere bei Studierenden deutscher Nationalität aus diesen Staaten bemerkbar, die auf diese Weise genötigt werden sollen, die tschechischen Universitäten und die schwach besuchte tschechische technische Hochschule in Brünn zu besuchen, die von diesem Verbot ausgenommen sind. Die Prager tschechische Hochschule ist überfüllt und wehrt sich selbst gegen den Zugang von Studierenden. Das Verbot erscheint demnach als Maßnahme, die Besucherzahl der deutschen technischen Hochschulen in der Tschechoslowakei künstlich herabzudrücken.

#### Reichspostminister Dr. Stingi über das Berufsbeamtentum.

Berlin, 19. April. Reichspostminister Dr. Stingi eröffnete heute in der Berliner Universität die von der Verwaltungsalademie veranstaltete fünfte post- und telegraphenwissenschaftliche Woche. Er begrüßte die große Zahl der erschienenen deutschen und ausländischen Postbeamten aller Grade und betonte, daß diesmal auch die Wirtschaftskreferenten der Oberpostdirektionen fast vollständig anwesend seien. In der Teilnahme vieler höherer Beamten und aller Beamtengrade überhaupt zeige sich das Entstehen des erforderlichen Gemeinschaftsgeistes. Anknüpfend an die unmittelbar vorher gemachten gleichgerichteten Ausführungen des Staatsministers a. D. Dr. Dreos bekannte sich der Minister als Anhänger des Berufsbeamtentums, allerdings nur eines solchen, das voll auf der Höhe seiner Zeit stehe. Der Berufsbeamte könne und dürfe sich, besonders heute, nicht in enger Auffassung seines Standes etwa vom Volke absondern wollen. Er müsse vielmehr mitten unter ihm wirken als Volksgenosse, seine Kräfte uneingeschränkt in den Dienst des Volkes stellen. Die alten Vorrechte des Berufsbeamten, wie gesicherte Lebensstellung und Versorgung, sollen auch künftig unverkürzt bestehen bleiben, aber sie seien lediglich aufzufassen als Mittel zum Zweck. Sie legen den Berufsbeamten heilige Pflichten im Sinne einer Förderung des Volkswohles auf. Das sei heute gleichbedeutend mit Reichs- und Staatsdienst. Bei einer solchen Auffassung werde das Berufsbeamtentum niemals untergehen. Die Post sei schon oft an der Spitze marschiert, wenn es galt, Fortschritten die Wege zu ebnen. Sie sei mit ihrem Personal von über 300 000 Köpfen auch jetzt dazu berufen, Förderin und Wegbereiterin zu sein für ein neuzeitliches Berufsbeamtentum.

#### Deutsche Kaufleute in Newyork.

Newyork, 19. Apr. Mit dem deutschen Dampfer „Damburg“ trifft eine Abordnung deutscher Kaufleute in Newyork ein. Sie wird im Hafen von einem großen Empfangsausschuß begrüßt werden, an dessen Spitze der Rector der Universität von Newyork, Brown, steht.